Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3243.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Markenkennzeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 78. [52. Jahrgang.] Donnerstag den 3. April 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 78.

Berlin, den 2. April.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Montenegro und die Mächte.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Nachrichten, wonach die Ansichten der Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen hätten. Es wird erklärt, es sei die einmütige Meinung der Mächte, daß, falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspreche, eine Flottendemonstration notwendig werde.

Zur Lage schreibt weiter das Wiener „Fremdenblatt":

Der fortgesetzte Widerstand Montenegros gegen die Entscheidungen der Mächte hat Maßregeln notwendig gemacht, um den Willen Europas zur Geltung zu bringen. Die rascheste Durchführung der Flottendemonstration gegen Montenegro, welcher sämtliche Großmächte zugestimmt haben, erweist sich um so notwendiger angesichts der Meldungen über eine fortgesetzte starke Beschießung Skutaris sowie der ablehnenden Antwort Montenegros gegenüber den Forderungen der Großmächte. Das Blatt verweist darauf, daß Serbien, entgegen seiner ausdrücklichen Zusage, einem Beschlusse der Mächte hinsichtlich Albaniens sich zu fügen, an den Kämpfen um Skutari teilnehme. Die Durchführung der Flottendemonstration steht unmittelbar bevor. Eine Abteilung unserer Flotte erhielt bereits den Befehl zum Auslaufen. Soweit bisher bekannt ist, werden an der Flottendemonstration nebst Oesterreich-Ungarn auch Italien, Deutschland und England teilnehmen. Betreffs Frankreichs steht noch die Entscheidung aus. Rußland, das kein Kriegsschiff im Mittelmeer hat, wird sich an dieser Demonstration nicht beteiligen. Von Bedeutung aber ist, daß der Beschluß einer Flottendemonstration von allen Mächten gefaßt wurde, und daß daher diese Aktion einen internationalen Charakter trägt. Auch in der öffentlichen Meinung, die durch die jüngsten Ereignisse auf dem westlichen Teile der Balkanhalbinsel in lebhafte Bewegung gesetzt wurde, findet man die Maßnahmen gegen den Widerstand Montenegros begreiflich und notwendig. Mit Ungeduld harrt die Bevölkerung der Weiterentwicklung der Dinge. Allgemein wird eine möglichst rasche Klärung verlangt. Die baldige Regelung der Angelegenheit ist auch um so notwendiger, als den Balkanstaaten kein Zweifel darüber gelassen werden darf, daß bei aller bisher gezeigten Bereitwilligkeit der Mächte, billigen Wünschen entgegenzukommen, eine nachträgliche Vereitlung europäischer Beschlüsse absolut ausgeschlossen ist.

Ueber die Teilnahme Deutschlands wird mitgeteilt:

Berlin, 1. April. Der kleine Kreuzer „Breslau" hat Befehl erhalten, sich zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste in die Adria zu begeben.

Weiter liegen im einzelnen noch folgende Meldungen vor:

Wien, 1. April. Die „Neue Freie Presse" meldet: Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußern Grafen Berchtold eine maritim-politische Besprechung statt, der auch Kriegsminister Krobatin, Marinekommandant Haus und sechs hohe Marineoffiziere beiwohnten. Die Besprechung galt der Erörterung der Operationen während der Flottendemonstration und der eventuellen Blockade der montenegrinischen Häfen.

Wien, 1. April. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Cattaro: Gestern liefen von hier mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in der Richtung nach Antivari aus. Sie stehen unter dem Kommando des KonteradmiralsNiegovan. Eine Kreuzerdivision, die ebenfalls ausgelaufen ist, steht unter dem Kommando des Konteradmirals Fiedler.

Malta, 1. April. Wie das Reutersche Bureau meldet, hat der britische Panzerkreuzer „Defence", der soeben hier eingetroffen ist, Befehl erhalten, morgen mit dem Chef des Marinekriegsstabes Konteradmiral Troubridge an Bord mit Bestimmung nach Osten wieder in See zu gehen. Man glaubt, daß der Kreuzer zusammen mit anderen bereits im Osten befindlichen Kriegsschiffen an der gegen Montenegro geplanten Flottendemonstration teilnehmen wird.

Paris, 2. April. Der „Figaro" meldet, daß die französische Regierung in dem gestern abgehaltenen Ministerrat infolge der aus London, Petersburg, Rom und Berlin eingetroffenen Mitteilungen ihre Zustimmung zu der Flottendemonstration gegen Montenegro gegeben habe.

* * *

Die Antwort Montenegros.

Cetinje, 1. April. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Die montenegrinische Regierung erteilte den Vertretern der Großmächte folgende Antwort: Die Königliche Regierung behält sich, sobald ein Einvernehmen der Großmächte über die gesamte Nord- und Nordostgrenze erfolgt sein wird, das Recht vor, sich mit ihren Bundesgenossen zu beraten. Was die Mitteilung der Großmächte bezüglich der Einstellung der Feindseligkeiten um Skutari herum sowie in den besetzten Gebieten, welche die Großmächte Albanien überlassen zu haben erklärten, und bezüglich Räumung dieser Gebiete anbetrifft, so kann die Regierung zu ihrem großen Bedauern dem Wunsche der Großmächte nicht Rechnung tragen mit Rücksicht darauf, daß der Kriegszustand zwischen der Türkei und den Verbündeten fortdauert und die Großmächte den Verbündeten in feierlicher Weise gleich zu Beginn des Krieges erklärt hatten, in leiner Weise die militärischen Operationen der Verbündeten behindern, sondern Neutralität beobachten zu wollen. Was die Forderung betrifft, daß dringende Maßnahmen getroffen werden, um den wirksamen Schutz der muselmanischen und der katholisch-albanesischen Bevölkerung in den Montenegro abgetretenen Gebieten zu sichern, so erlaubt sich die Königliche Regierung hervorzuheben, daß der einzige Titel für die Erwerbung der Gebiete, sowohl was Montenegro als was seine Verbündeten betrifft, nur der Friedensvertrag mit dem ottomanischen Reiche sein kann. Was die katholische und die muselmanisch-albanesische Bevölkerung betrifft, so stehe diese unter dem Schutze der montenegrinischen Gesetze, welche ihnen die wirksamsten Bürgschaften für die religiöse und die bürgerliche Freiheit ohne Unterschied der Nationalität und ihres Bekenntnisses gewähren.

Um Skutari.

Wien, 2. April. Nach einem Telegramm der „Reichspost" aus Cetinje errangen die Belagerer vor Skutari gestern große Erfolge. Fünf Forts des Tarabosch sind bereits in ihrer Gewalt. Der Fall der beiden übrigen kann stündlich erfolgen. Auf dem großen und kleinen Barbanjolt sowie bei Brdica rücken die Montenegriner und Serben erfolgreich vor. Die Stadt brennt an mehreren Stellen.

* * *

Wien, 2. April. Die „Reichspost" meldet zu den serbischen Truppentransporten nach Nordalbanien: Sechzehn griechische Dampfer mit 6000 serbischen Truppen und drei Hauptbatterien passierten, begleitet von sechs griechischen Kriegsschiffen, bereits die Höhe von Korfu. Weitere zwanzig Transportdampfer mit serbischen Truppen für Albanien sind angekündigt. In Saloniki trafen am Montag fünf serbische Militärzüge mit 180 Waggons ein.

Das neue Albanien.

Der Chef der provisorischen Regierung Albaniens Ismail Kemal ist in Begleitung seiner Söhne Ghdem und Kiasim in Rom eingetroffen. Die Jacht „Mekong" mit dem Herzog von Montpensier an Bord hat sich drei Tage in der Bai von Valona aufgehalten. Der Herzog hat Kemal Bei dort besucht. — Weiter wird gemeldet:

Rom, 1. April. Kemal Bei erklärte dem „Giornale d'Italia", seine Freunde und die Regierung in Valona hätten ihm geschworen, keine übereilte oder revolutionäre Handlung vorzunehmen, die Albanesen würden vielmehr die friedliche Haltung, die von ihm angeraten und gewünscht werde, weiterhin bewahren. Kemal zollte der Politik Italiens seine Anerkennung und fügte hinzu, er werde Italien, die Botschafter der Mächte und den griechischen Gesandten in Rom bitten, die Blockade von Valona einzustellen, da sie zwecklos sei. In zwanzig Tagen werde Valona vollständig ausgehungert sein. Die Truppen Djavid Bei in Tüsci bei Scumbi seien in einem derartigen Zustande, daß sie gegen die Griechen nichts unternehmen könnten. Kemal erklärte weiter, die Abtretung von Koritza, Klissiura, Tepelani, Argyrokastro und Santi Quaranta an Griechenland würde eine Amputation Albaniens sein, er hoffe, daß Europa derselben Ansicht sein werde. Zwischen Albanien und der Türkei bestanden friedliche Beziehungen. Die Türkei habe in Valona offiziell ihre Anerkennung der Unabhängigkeit und des Flaggenrechts Albaniens mitgeteilt. Die Frage der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien befinde sich, wie er glaube, auf dem Wege der Lösung. König Nikolaus spreche von Skutari als von einem christlichen Bollwerk, das dem Islam entgegengesetzt werden müsse; wie könne König Nikolaus daran denken, durch Waffengewalt die mohammedanischen Albanesen zu bekehren? Kemal schloß, er werde in einigen Tagen nach London reisen.

Rom, 1. April. Der Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano hat Ismail Kemal heute empfangen.

Wie die „Tribuna" erklärt, wird Kemal Bei einige Tage in Rom bleiben und die Minister aufsuchen, um sie über die Lage in Albanien zu unterrichten. Er hat erklärt, er werde wahrscheinlich auch nach London und nach den anderen Hauptstädten reisen, um die Regierungen über die gegenwärtige Lage Albaniens zu unterrichten.

* * *

Eine Erklärung Griechenlands.

London, 1. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung zugehen lassen, welche die Ansprüche Griechenlands in Epirus zum Gegenstande hat. Während bekanntlich einige europäische Regierungen beabsichtigen, einen großen Teil des in Frage stehenden Gebietes neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland vor, die Mächte sollten eine Kommission ernennen, die in der jetzt von Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend ein Plebiszit veranstalten solle. In der Erklärung heißt es weiter, daß keine griechische Regierung in der Lage sein werde, den Rückzug der Truppen aus den jetzt besetzten Stellungen zu befehlen, und daß außerdem die Bevölkerung es nicht zulassen würde, daß die Truppen, die sie befreit hätten, sie der türkischen oder albanesischen Herrschaft auslieferten.

Die Antwort der Pforte.

Die Ueberreichung der Antwortnote der Pforte erfolgte gestern vormittag durch den Minister des Aeußern Prinzen Halim Bei. Die Note wurde von der österreichisch-ungarischen Botschaft unverzüglich den anderen Botschaftern zur Kenntnis gebracht. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete Minister des Aeußern Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans hat von der Kollektivnote Kenntnis genommen, welche Ihre Exzellenzen die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien ihm am 31. März 1913 übermitteilten, und hat die Ehre, Ihren Exzellenzen mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung in Würdigung der Wohltaten des Friedens nicht gezögert hatte, die freundschaftliche Vermittlung Ihrer Regierungen behufs Beendigung des zwischen dem Ottomanischen Reiche und den Balkanstaaten bestehenden Kriegszustandes anzunehmen. Von denselben friedlichen Gesinnungen geleitet, nimmt die Kaiserliche Regierung die in den erwähnten Mitteilungen vorgeschlagenen Präliminargrundlagen in ihrer Gesamtheit an und vertraut sich bezüglich der Wiederherstellung des Friedens den Großmächten an.

Said Halim.

Die Haltung des Balkanbundes.

London, 1. April. Das Reutersche Bureau erfährt: Obwohl bis heute nachmittag nicht amtlich bekannt war, daß die verbündeten Balkanstaaten ihre Antwort auf die Vorschläge der Mächte, betreffend die Bedingungen der Vermittlung, tatsächlich überreicht hätten, glaubt man, daß die Antwort den Vertretern der Mächte heute ausgehändigt worden wird. — Wenn man auch hätte erwarten können, daß Bulgarien nach dem Fall von Adrianopel seine Forderungen erhöhen würde, hat die Regierung in Sofia in Wirklichkeit ein weiteres Zugeständnis gemacht. Sie hat ihren Standpunkt für die Festsetzung der türkisch-bulgarischen Grenze aus Rücksicht auf die Mächte aufgegeben und ist bereit, den Vorschlag Europas, betreffend die Linie Enos-Midia, mit der geringfügigen Modifikation anzunehmen, daß der Endpunkt zehn Meilen östlich von Enos für Enos selbst eingesetzt werde, da diese Abänderung aus geographischen und topographischen Gründen durchaus berechtigt sei. Die von den Verbündeten in ihrer Antwort hinsichtlich der Forderung nach einer Kriegskontribution oder Kriegsentschädigung beobachtete Haltung sei von den Balkanstaaten in dem Wunsche eingenommen worden, Verwicklungen mit den Mächten zu vermeiden. Sie wären deshalb mit der Zustimmung der Mächte zu dem Prinzip einer Kriegskontribution oder Kriegsentschädigung zufrieden, deren Einzelheiten und Höhe später bestimmt werden könnten. — Balkanfreise drücken die Ansicht aus, daß die Antwort der Verbündeten in ihrer Mäßigung den Friedensschluß in naher Zukunft sichern müsse.

Rumänien und Bulgarien.

Petersburg, 1. April. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt, war die erste Sitzung der Konferenz der bulgarisch-rumänischen Frage nur eine vorläufige. Die Vertreter Bulgariens und Rumäniens setzten den fünf Botschaftern einige Tage vor der Eröffnung der Konferenz die strittigen Punkte auseinander, über die ein Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der Mächte stattfand. Auf Vorschlag Sasonows überreichten der bulgarische Gesandte Bobtschew und der rumänische Gesandte Nano beim Beginn der Arbeiten der Konferenz ein Memorandum und andere amtliche Dokumente, in denen der Standpunkt ihrer Regierungen, die Entwicklung des Konflikts und sein gegenwärtiger Stand erklärt wird. In der ersten Sitzung nahmen die Mitglieder der Konferenz nach Aufstellung der Tagesordnung die ihnen von den streitenden Parteien vorgelegten Dokumente zur Kenntnis, ohne in eine substantielle Diskussion einzutreten. Während eines Gedankenaustausches, der sich an den offiziellen Teil der Sitzung anschloß, drückten die Mitglieder der Konferenz die Hoffnung aus, daß die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts durchaus vorhanden sei.

Die Heeresverwaltung eines jeden Staates legt besonderes Gewicht darauf, daß sich die Presse möglichst wenig mit militärtechnischen und organisatorischen Angelegenheiten des Heeres und der Flotte beschäftigt. Gerade durch derartige Preßnotizen werden erfahrungsgemäß fremde Militärbehörden auf Vorgänge hingewiesen, die man im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten beabsichtigt. Bis zu dem Versuche, durch Spionage ganz hinter das Geheimnis zu kommen, ist dann gewöhnlich nur noch ein Schritt.

Pflegen nun auch Verbesserungen und Erfindungen, die im Heere zur Einführung gelangen, auf die Dauer kein Geheimnis zu bleiben, so können sie doch auf Jahre hinaus die Ueberlegenheit einer Waffe über die des Gegners sichern, wenn sie nicht vorzeitig zur Kenntnis fremder Mächte gelangen. Ein Schulbeispiel dafür bildet die britische Militärluftschiffahrt. Als am 19. März d. J. Kriegsminister Seely bei der Einbringung des Heeresetats im britischen Unterhause erklärte, daß England die besten Aeroplane der Welt besitze und bereits über eine Flotte von 101 Militärapparaten verfüge, deren Typ weit vollkommener sei als der irgendeiner anderen Macht, begegnete die deutsche Presse dieser Mitteilung zunächst mit lebhaftem Unglauben. Erst nachträglich fand die weitere Erklärung des britischen Kriegsministers die gebotene Beachtung, daß es den Fliegeroffizieren Ehrensache sei, nichts über ihre Leistungen in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen, und daß aus diesem Grunde sehr beachtenswerte Leistungen unbekannt geblieben seien.

Diese hohe Anerkennung, die der britische Kriegsminister dem Verhalten der Fliegeroffiziere zollte, verdient mit Fug und Recht auch die gelamte britische Presse; denn die Organisation und praktische Einübung einer so bedeutenden Luftflotte, wie sie nach dem Zeugnisse des Kriegsministers Seely heute England besitzt, kann unmöglich der britischen Presse mit ihrem mustergültigen Nachrichtendienste ein Geheimnis geblieben sein. Aber trotz der glänzenden Leistungen der britischen Luftzeugkonstrukteure und Fliegeroffiziere, gewann es der britische Nationalstolz der Presse über sich, sich nicht vor dem Auslande mit den Triumphen der heimischen Technik und Flieger zu brüsten und mit Unterdrückung jedes Sensationsbedürfnisses auf alle Mitteilungen aus dem Gebiete der Militärluftschiffahrt zu verzichten.

Solche politische Disziplin im nationalen Interesse läßt leider ein großer Teil der deutschen Presse noch vermissen. Indem sie noch vielfach dem Wunsch, das Sensationsbedürfnis ihrer Leserschaft zu befriedigen, höher stellt als die im nationalen Interesse gebotene Zurückhaltung, bemüht sie sich um möglichst genaue und ausführliche Meldungen über alle Vorgänge, die mit der deutschen Luftschiffahrt in Verbindung stehen. Und auch über solche, die ein rein militärisches Interesse haben und aus Rücksichten der Landesverteidigung unbedingt geheim gehalten werden müßten. Unsere Zeppelinkreuzer können z. B. keine Fahrt unternehmen, es kann an ihnen keine Konstruktionsverbesserung angebracht werden, ohne daß die Oeffentlichkeit davon unterrichtet wird. Und ebensowenig kann ein Versuch unternommen werden, Ziele in der Luft oder aus der Luft mit Wurfbomben, Geschützen oder Maschinengewehren zu treffen, ohne daß darüber mit allem Aufwand deutscher Gründlichkeit berichtet wird. Und doch wäre dies bei der Bedeutung der Luftschiffahrt für die Landesverteidigung unbedingt zu vermeiden.

Das gleiche gilt auch hinsichtlich anderer militärtechnischen Neuerungen und Fragen der Heeresorganisation. Zwar ist es psychologisch verständlich, daß sich eine Zeitung nicht leicht dazu entschließen kann, auf die Veröffentlichung von Nachrichten allgemeinen Interesses zu verzichten, und besonders dann, wenn Grund zu der Annahme bestehen mag, daß andere Blätter weniger bedenklich sein werden. Dennoch meinen wir, daß es nur eines Appells an die deutsche Presse bedarf, um sie zu veranlassen, in Fällen, wie sie oben erwähnt, das Interesse der Landesverteidigung voranzustellen und das Opfer des Verzichtes auf die Veröffentlichung derartiger Nachrichten zu bringen. Es sei daher ihr ohne Unterschied der Partei die Bitte ausgesprochen, künftig weder Nachrichten über Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, noch über Uebungen solcher Spezialtruppen zu veröffentlichen, von denen man annimmt, daß sie denen anderer Armeen überlegen sind. Das Beispiel der britischen Luftflotte lehrt, daß auch Dinge, die vielen bekannt sind, der Aufmerksamkeit des Auslandes entgehen werden können, wenn nur von der heimischen Presse peinliche Geheimhaltung gewahrt wird.

Der „Vorwärts" weist in seiner Abendausgabe vom 31. März auf einen „kolossalen Widerspruch" hin, der nach seiner Meinung in den Ziffern der Ausgaben für die Wehrvorlage vorhanden ist. Er sagt, daß die Begründung der Wehrvorlage (Aktenstück 869) auf S. 7 die Gesamtkosten für das Jahr 1913—15 auf rund 183 Millionen fortdauernde und 884 Millionen einmalige Ausgaben angäbe, während die Denkschrift über die Deckung der Kosten auf S. 10 die fortdauernden Ausgaben auf 393 Millionen Mark und die einmaligen auf 898 Millionen Mark berechne, und bezeichnet es schließlich für schlechterdings unerklärlich, woher diese Riesendifferenz von 210 Mill. Mark bei den fortdauernden Ausgaben komme. Der Rechenfehler liegt beim „Vorwärts". Er läßt bei seiner Gegenüberstellung zunächst unbeachtet, daß bei der Begründung der Wehrvorlage lediglich die Kosten der Wehrvorlage gemeint sind, wie sie auch daselbst in Anlage 2 S. 29 erläutert sind. Die Denkschrift dagegen berücksichtigt nicht die Ausgaben für das Landheer allein, sondern rechnet auch die Kosten ein, welche für das Luftfahrwesen der Marine entstehen.

Außerdem geht das Weiß bei dem, was es über die Spezifikation der Heeresausgaben sagt, von einer unzutreffenden Auffassung aus. Die betreffende Anlage 2 der Wehrvorlage gibt eine Uebersicht des voraussichtlichen Geldbedarfes in den Jahren 1913—1915 für die Aenderungen in der Organisation des Reichsheeres. Die Gesamtsumme der ersten Spalte 53,3 Millionen Mark zeigt die Höhe der fortdauernden Ausgaben der Wehrvorlage für 1913 an, wie sie im diesjährigen Etat zu bewilligen ist. Weiter läßt die Anlage nur die absolute Steigerung erkennen, die in den Jahren 1914 und 1915 gegen 1913 eintritt, nämlich insgesamt 139,2 Mill. Mark, und den schließlichen Beharrungszustand, die Summe von 182,5 Mill. Mark, der sich aus diesen beiden Summen ergibt. Der „Vorwärts" hat den Beharrungszustand mit den fortdauernden Ausgaben für drei Jahre verwechselt, die sich durch Addition auf 365 Millionen ergeben. In der Denkschrift dagegen sind die wirklichen, in den einzelnen Jahren sich steigernden fortdauernden Ausgaben derart berechnet, daß die im Jahre 1913 entstehenden Ausgaben von 53,3 Millionen Mark, die natürlich auch in den nächstfolgenden Jahren zu machen sind, auch weiter fortgeschrieben werden und dazu die 1914 und 1915 zu leistenden Mehraufwendungen hinzutreten. Daß diese Kostenangabe üblich ist, ist aus früheren Verhandlungen des Reichstages zu ersehen. In der Reichshaushaltskommission der Session 1909/11 68. Sitzung vom 8. Februar 1911 hat die Regierung darüber genaue Darlegungen gegeben. Damals bezifferten sich die fortdauernden Ausgaben der Heeresvorlage im Beharrungszustande auf 21,8 Millionen Mark, während sie bei Berechnung der einzelnen Jahre zusammen 69,0 Millionen Mark betrugen.

Die neue Gold- und Silberreserve.

Die in dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen u. a. vorgesehene Bildung einer besonderen Gold- und Silberreserve behufs Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs, sei es für den Kriegsfall direkt, sei es für Zeiten auch nur drohender Kriegsgefahr oder sonstiger besonders unruhiger Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, hat bereits zu eingehenden Erörterungen in der Presse geführt. Erfreulich ist es, daß der Gesetzentwurf in den meisten Blättern durchweg eine Kritik erfährt, die dem Grundgedanken in jeder Form gerecht wird und sich den Ausführungsmöglichkeiten im großen und ganzen durchaus anschließt. Daß unser bisheriger Reichskriegsschatz, d. s. die im Juliusturm zu Spandau feinerzeit aus der französischen Kriegskontribution reservierten 120 Millionen Mark in barem Golde, für heutige Zeiten nicht mehr genügt, auch nur annähernd die allerersten Wochen eines eventuellen Krieges hinwegzuhelfen, darüber ist sich jedermann schon lange klar. Die finanzielle Mobilmachung und Kriegsbereitschaft ist denn auch ein Thema, das seit reichlich Jahresfrist immer wieder lebhaft erörtert wurde, ganz abgesehen davon, daß die gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit dringend die Notwendigkeit einer Stärkung unserer Reichsbank erforderten. Es wird nunmehr beabsichtigt, durch Anlauf einen Silberbestand bis zur Höhe von 120 Millionen Mark, aus dem Erlös einer weiteren Ausgabe von Reichskassenscheinen zu 5 und 10 ℳ bis zur Höhe von ebenfalls 120 Millionen Mark eine entsprechende Goldreserve zu schaffen, die zusammen mit dem bisherigen Kriegsschatz sich nunmehr auf 240 Millionen Mark belaufen würde. Für die allmähliche Bereitstellung hier beiderseitigen Reserve ist ein einerseits dem Prägegewinn angepaßter, anderseits durch den Verkehrsbedarf sich bestimmender — Zeitraum von mehreren Jahren ins Auge gefaßt.

Selbstverständlich mußte von vornherein davon ausgegangen werden, daß die Maßregeln vor allen Dingen unsere währungspolitischen Grundlagen auch nicht an einem einzigen Punkte erschütterten. Davon kann unter den vorliegenden Umständen denn auch nicht im entferntesten die Rede sein. Die Reichsbank ist auch jetzt schon oberste Hüterin unserer Währung und soll durch den vorliegenden Entwurf in den Stand gesetzt werden, auch in schwierigen Zeiten, namentlich der Kriegsgefahr, ihre Aufgabe so zu erfüllen, wie man es von ihr erwarten muß. Es handelt sich im ganzen um nichts anderes als um einen Ersatz des einen Zahlungsmittels durch ein anderes, um eine entsprechende — im Frieden selbstverständlich nicht in ihren Metallbestand eingefügte — Ansammlung von Gold in den Kellern der Reichsbank, um ihr für vorkommende Fälle eine wirksame Stütze zu geben, sodaß die Gefahr einer Inflation vollkommen ausscheidet. Es ist im Gründe genommen nur das jetzt in ein festes System gebrachte Bestreben, das unser Zentralnoteninstitut schon seit Jahren verfolgt: die Erhöhung ihres eigenen Goldbestandes, der im vorigen Jahre schon nahe an die Grenze von einer Milliarde Mark herangekommen war. Und ebenso hatten sich auch allmählich die Silberbestände derart verstärkt, daß sie auch den höchsten Friedensbedarf sicher zu decken geeignet waren. Sie betrugen zeitweise bis zu 340 Millionen Mark, gegenwärtig ca. 280 Millionen Mark. Die Silberbestände der Reichsbank aber noch weit über diese Beträge hinaus zu vergrößern, um mit ihnen auch dem im Fall eines Krieges durch Mobilmachung und Verkehr außerordentlich gesteigerten Bedarf gerecht werden zu können, verbietet sich ebensosehr aus währungs- wie aus bankpolitischen Gründen.

Bekanntlich besitzt Deutschland relativ den größten Goldvorrat im Lande, der von Arnold für Ende 1909 auf 2750 bis 2850 Millionen Mark berechnet wurde und jetzt sicherlich schon über 3 Milliarden Mark beträgt. Ohne Zweifel liegt der Grund hierfür nur in einer altbergebrachten Gewohnheit; denn es war auch schon vor der Banknovelle von 1909, die den Noten bekanntlich die gesetzliche Zahlkraft verlieh, niemandem eingefallen, etwa aus Gründen der Sicherheit bzw. Unsicherheit einen Hundertmarkschein einzulösen. Die Ausgabe kleiner Noten, mit der 1906 begonnen wurde, führte denn auch schneller, als man erwartet hatte, zu einer Gewöhnung des Publikums an dieses Zahlungsmittel, und als am 14. Januar in der Budgetkommission, am 21. Januar im Plenum (2. Lesung des Reichshaushaltsetats) die Aufhebung der bisherigen Begrenzung bis 300 Millionen Mark beantragt wurde, erklärten sich die bürgerlichen Parteien durchweg dafür. Die Nachfrage nach kleinen Scheinen und nicht minder nach Silbergeld ist andauernd im Steigen, sodaß ihr vielfach nicht genügt werden kann; den Beweis hat die Reichsbank in reichem Material, das ihr von den zahlreichen Zweiganstalten aus allen Teilen des Reiches zugeht, zur Hand. Die größeren und kleineren Industriebetriebe haben sich in wachsendem Maße an die kleinen Scheine gewöhnt, und wenn sich, wie bereits verschiedentlich zu beobachten ist, auch die Landwirtschaft immer mehr dieses Zahlungsmittel zu eigen macht, und an dem Sdbute des heimischen Goldvorrats sich beteiligt, so wird der Bedarf an kleinen Scheinen sowohl wie an Silbergeld — insbesondere auch an den Fünf- und Dreimarkstücken — sich von Jahr zu Jahr erhöhen.

Bedenken gegen eine vermehrte Ausgabe von Reichsbankkassenscheinen können nicht erhoben werden, da sie weder eine künstliche und - inflationistische